№ 150 Morgen-Ausgabe — Berlin — Freitag, 23. März 1917

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die „Vossische Zeitung" erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Illustrierte Beilage: „Zeitbilder", jeden Donnerstag und Sonntag. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage.

Bezug: In Groß-Berlin monatl. M. 2.70 bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatl. M. 2.50 od. vierteljährl. M. 7.50 ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Stellengesuche 50 Pf., Stellenangebote auch gegen Jahrespreis. — Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. — Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages Ullstein & Co

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801 bis 11 850, 15 280, 15 281 bis 15 291. Zentrum 8690

Wilson und der Krieg.

Aus den noch immer nicht ganz durchsichtigen Meldungen über die letzten Absichten Wilsons geht doch so viel klar hervor, daß der Präsident gar zu gern Deutschland zu einer Kriegserklärung veranlassen oder doch wenigstens in der Lage sein möchte, den Deutschen die moralische Schuld für den von ihm herbeigewünschten Kriegszustand zuschieben zu können. Da indessen Deutschland bösartig genug ist, ohne zwingende Veranlassung keinen Krieg zu erklären, noch auch Herrn Wilson den gewünschten moralischen Vorwand zur Herbeiführung des Kriegszustandes zu liefern, so nimmt man in Washington, wie üblich, seine Zuflucht zu technischen Spitzfindigkeiten, wobei Reuter, wie erklärlich, dem Präsidenten eifrig Hilfsdienste leistet. Man meldet uns:

✱ Amsterdam, 22. März.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Reuter meldet aus Washington: Präsident Wilson wird vor dem Kongreß, der am 2. April zusammentreten wird, Einzelheiten bekanntgeben, durch die bewiesen wird, daß Deutschland tatsächlich bereits Krieg gegen die Vereinigten Staaten führe, indem es sich rücksichtslos über alle internationalen Gesetze und die Gebote der Menschlichkeit hinwegsetze. Man erwartet, daß der Kongreß dann eine Resolution annehmen wird, in der erklärt wird, daß der tatsächliche Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland schon seit einiger Zeit bestehe. Die Resolution werde keine „technische Kriegserklärung" sein, aber die Regierung werde dann weitere Schritte unternehmen, um ihre Interessen auf hoher See und auch anderswo zu schützen. Ob ein Krieg „im vollsten Sinne des Wortes" folgt, werde von der Haltung Deutschlands abhängen.

Ueber die Ursachen, die Herrn Wilson noch verhindern, offene Farbe zu bekennen, d. h. „technisch" den Krieg zu erklären, werden in englischen Militärkreisen Vermutungen laut, die einiges für sich haben. Unserem Amsterdamer Berichterstatter wird darüber von seinem Londoner Gewährsmann mitgeteilt, in jenem Kreise sei man der Ueberzeugung, daß Amerika zurzeit noch völlig unfähig sei, auf militärischem Gebiet etwas zu unternehmen. Sogar die Bewaffnung der Dampfer werde Monate in Anspruch nehmen, weil die Geschütze den Artilleriebeständen entnommen werden müssen. Die amerikanischen Munitionsfabriken wollen erst ihre Bestellungen für die Ententeländer ablefern, weil die Preise doppelt so hoch sind als die, welche die amerikanische Regierung zahlen will.

Der Enthusiasmus — heißt es in jenen Londoner Mitteilungen weiter —, der bei Abbruch der Beziehungen zu Deutschland in Amerika ausbrach, ist größtenteils geschwunden, und selbst von den Freiwilligen, die sich bei der amerikanischen Brigade für Frankreich anwerben ließen, sind mehr als die Hälfte wieder zurückgetreten. Die politischen Strömungen in den südamerikanischen Staaten bieten ebenfalls Gefahren, mit denen Wilson zu rechnen hat. Es ist daher noch keineswegs sicher, daß Amerika den Kriegsfall herbeiführt. Mit Spanien verhandelt Wilson noch, aber man glaubt in London nicht, daß Spanien auf Wilsons Wünsche eingehen wird. Chinas Politik gegen Deutschland hat Amerika wohl befriedigt, aber es drängen sich auch diesem Reiche gegenüber Sorgen auf, weil Japans Einfluß durch Amerikas Untätigkeit in China stark wächst und alle Interessen Amerikas in China beherrscht. Eine Note Japans an Amerika, in der Japan Konzessionen im Osten anbietet für den Fall, daß Amerika sich mit gleichen Pflichten wie Japan an die Entente binde, hat Wilson bisher nur mit Lansing besprochen. Man glaubt nicht, daß er darauf eingehen wird. In den letzten Tagen schreiben die ententefreundlichen Blätter in Amerika, die Ententemächte werden durch die Schuld Amerikas den Krieg verlieren, falls Wilson seine Zauderpolitik nicht aufgebe.

•

Aus New York wird der „Frankfurter Zeitung" gemeldet: Eine direkte Kriegserklärung an Deutschland wünscht Wilson augenscheinlich zu vermeiden. Er erhält jetzt von pazifistischer Seite größere Unterstützung. Die Sozialisten berufen eine besondere Konferenz ein, um über ihre Haltung Beschluß zu fassen.

Die treibenden Kräfte in China.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Wien, 22. März.

Zur Aufklärung der Lage in Ostasien und zur Aufdeckung der treibenden Kräfte, die in China am Werke sind, veröffentlicht die „Neue Freie Presse" folgendes Radiotelegramm aus Lyon:

„In China wächst die Erregung gegen Deutschland so sehr, daß die amerikanischen Zeitungen eine Beteiligung Chinas am europäischen Kriege ins Auge fassen. In industriellen und kaufmännischen Kreisen der Entente wird darauf hingewiesen, wie große Vorteile der Beitritt Chinas zur Entente haben würde. Die den Alliierten gehörenden Betriebe würden die sehr beträchtliche Nachfolge der in China etablierten deutschen Firmen antreten."

Sehr stark betonen die amerikanischen Zeitungen die moralische Bedeutung des Beitritts von China. Das friedlichste Volk der Erde schließt sich der Entente an, so schreiben die amerikanischen Blätter. Dies sei ein neuer Beweis, daß Deutschland eine unselige Handlungsweise verfolgt und daß es die Zivilisation der ganzen Welt gegen sich aufgebracht hat. Diese Blätter tun so, als ob sie nicht genau wüßten, daß China durch brutalsten Druck, an dem Amerika hervorragend beteiligt war, zur Stellungnahme gegen Deutschland gezwungen worden ist.

Rußkis Rolle bei der Abdankung.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Amsterdam, 22. März.

General Rußki ist, wie der Petersburger „Times"-Korrespondent vom Dienstag meldet, der Held des Tages. Ihm wird zugeschrieben, daß er den Zaren durch Ueberredung davon abgehalten habe, eine größere Truppenmacht von der Front nach Petersburg zur Bekämpfung der Revolution zu senden. Rußki erzählte über die Ereignisse vom 15. März:

Telegramme aus dem Hauptquartier hatten ihm am 14. berichtet, der Zar bereite sich vor, nach Zarskoje Selo zurückzukehren. Unerwartet kam der Zar um 8 Uhr abends in Pskow an. Aus seinen ersten Worten ging hervor, daß er über die Ereignisse besser unterrichtet war als Rußki. Der Zar hatte bereits alle Hoffnung aufgegeben, die Revolution zu unterdrücken. Um 2 Uhr nachts ließ er Rußki rufen und sagte: „Ich habe beschlossen, nachzugeben und ein verantwortliches Ministerium anzuerkennen. Was meinen Sie dazu?" Ein unterzeichnetes Manifest lag bereits auf dem Tisch.

Rußki wußte, daß es für ein Kompromiß zu spät war, sagte dies aber nicht, sondern schlug vor, Rodzianko zu hören. Eine Stunde später war eine Telefonverbindung zwischen Rußki und Rodzianko hergestellt. Sie sprochen zwei Stunden miteinander. Rodzianko überzeugte Rußki, daß der Zar abdanken müsse. Rußki teilte den Inhalt dieses Gespräches dem Generalstabschef Alexejew und den Oberbefehlshabern an den verschiedenen Fronten mit.

Am nächsten Morgen um 10 Uhr berichtete Rußki in Gegenwart seines Stabschefs General Danilow und des Generals Sawitsch dem Zaren: „Vom General Alexejew, dem Großfürsten Nikolaus, dem General Brussilow und General Ewert habe ich schon Antwort. Sie alle halten die Abdankung für nötig." Der Zar erklärte sich einverstanden, abzudanken, wünschte es aber in Gegenwart Rodziankos zu tun. Rußki fuhr fort: „Obwohl ich wußte, daß Rodzianko Petersburg unmöglich verlassen konnte, entfernten wir uns von dem Zaren.

Etwa um drei Uhr nachmittags ließ er mich rufen und sagte, er habe die Abdankung zugunsten seines Sohnes bereits unterschrieben. Er gab mir ein Telegramm dieses Sinnes mit der Bitte, es nach Petersburg zu senden. Wenige Minuten später hörte ich aber, daß Gutschkow und Schulgin unterwegs nach Pskow waren. Deshalb sandte ich das Telegramm nicht ab, sondern teilte dem Zaren mit, daß eine Dumadeputation unterwegs sei. Sein Gesicht erhellte sich; anscheinend erwartete er gute Nachrichten. Der Zug erlitt Verspätung. Der Zar war außerordentlich nervös. Ich vermied es, mit ihm zu sprechen. Graf Frederiks ließ seinen Herrn keinen Augenblick allein. Anstatt daß nun die Delegierten zuerst zu mir gebracht wurden, wie ich befohlen hatte, brachte sie jemand aus dem Zarengefolge direkt nach dem kaiserlichen Salonwagen. Als ich eintrat, sprach Gutschkow schon. Er erzählte von den Ereignissen in Petersburg. Daß die eigene Leibwache sich der Revolution angeschlossen habe, machte mächtigen Eindruck auf den Zaren."

Der Rest ist bekannt. Als Gutschkow geendet hatte, erklärte der Zar, zugunsten seines Bruders Michael abtreten zu wollen, da die Gesundheit seines Sohnes schlecht sei und er sich nicht von ihm trennen wolle. Eine halbe Stunde später fuhr der Zar über Dünaburg nach dem Hauptquartier ab, wo er wohlbehalten ankam.

Die beiden Lesarten der Miljukow-Note.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Genf, 22. März.

Die vielerörterte doppelte Fassung der Miljukow-Note wird dahin aufgeklärt, daß die russische Regierung tatsächlich zwei Fassungen ins Ausland gegeben hat. Nur der nach London gedrahtete Text enthält die Verkündung des russischen Kriegswillens „Jusqu'au bout".

Bevölkerungspolitik und Steuerfragen.

Von

Julius Elbau.

Bei allen Erörterungen über die Zukunft müssen wir davon ausgehen, daß zwischen 1914 und 1917 ein Abgrund liegt, dessen Tiefe nur deshalb uns nicht zum Bewußtsein kommt, weil der Erdrutsch nicht mit einem katastrophalen Schlag erfolgte, sondern weil Scholle um Scholle rutschte. Es kann sein, daß die seelischen Erschütterungen, die auf unsere Generation einstürmten, dauernd nachwirken und zusammen mit den weitgehenden Einschränkungen, die durch die Zerstörung unermeßlicher Werte erzwungen werden, zu einer Renaissance der genügsamen, kargen und doch nicht unfreuden Sitten der Biedermeierzeit führen. Aber auch mit dem Gegenteil muß man rechnen: mit einem Aufbäumen des durch die lange Friedensperiode verwöhnten Individuums gegen die in der Kriegszeit widerwillig ertragenen Lasten und Schranken, mit dem Wunsch, sich möglichst schnell schadlos zu halten durch ein nach rücksichtsloseres und unbekümmertes „Ausleben" der Persönlichkeit. Die tiefsten Zusammenhänge auf diesem Gebiet, die über Auf- und Abstieg der Völker nach geheimnisvollen Gesetzen und Triebkräften entscheiden, bleiben meist sogar dem ungetrübten Auge des späteren Geschichtsforschers verborgen, der an kurze Fristen gebundene Politiker, der praktische Staatsmann, muß sich darauf beschränken, dem guten Genius seines Volkes zu vertrauen und — in aller Bescheidenheit und Vorsicht — ein wenig nachzuhelfen.

Von all den großen und kleinen Mitteln, die erörtert und angewandt werden, um die nationale Zukunft vor der größten Gefahr, dem Versiegen der Volkskraft, zu bewahren, liegt das wichtigste auf dem Gebiet der Steuerpolitik. Die schweren Lasten der Zukunft, die den Steuerdruck im härtesten Grad verschärfen müssen, erhöhen die Bedeutung und den Einfluß der Steuerhoheit des Staates und geben damit ganz neue Möglichkeiten, den Teufel der Kinderscheu durch den Beelzebub der Steuerscheu auszutreiben.

Georg Bernhard hat in der „Vossischen Zeitung" schon früher den Gedanken vertreten, daß man für die direkte Besteuerung mit einer einzigen zweckmäßig abgestuften Steuerform auskomme, die den individuellen Verhältnissen des Steuerträgers durch ein vielseitig ausgebautes System von Zuschlägen oder auch Abschlägen gerecht würde. Die Steuergesetzgebung der Einzelstaaten berücksichtigt bisher die persönliche Leistungsfähigkeit durch die Progression, das Kinderprivileg und die Ergänzungssteuer. Damit kommt man nicht weit, da die Individualisierung zur Ausnahme, die Schablonisierung zur Regel gemacht wird. Dagegen ließe sich der Bernhardsche Vorschlag der Einheitssteuer sehr wohl bevölkerungspolitischen Zwecken dienstbar machen. Ich möchte dabei ausgehen von dem steuerfreien Existenzminimum, das jetzt in den verschiedenen Einzelstaaten ganz verschieden festgesetzt ist, was teilweise auf die Höhe des Steuerbedarfs, teilweise auch auf gewisse Unterschiede der Lebensverhältnisse zurückzuführen ist. Hier könnte der Hebel angesetzt werden, dessen Kraft durch die zukünftige Steuerhöhe gewaltig verstärkt werden muß.

Meines Erachtens sollte man ganz davon absehen, eine einheitliche Grenze der Steuerfreiheit zu ziehen, sondern das Existenzminimum für alle Steuerzahler möglichst individuell zu ermitteln und nur den Restbetrag des Einkommens derart heranzuziehen, daß Reich, Staat und Gemeinde nicht zu kurz kommen. Dabei könnte man auch den verschiedenen Lebensverhältnissen der einzelnen Landesteile, sowie dem Unterschied in den Kosten der Lebenshaltung zwischen Stadt und Land gerecht werden, was von nicht geringer Bedeutung angesichts der im Kriege eingetretenen Verschiebungen wäre.

Wir gehen beispielsweise von dem sogenannten „ortsüblichen Tagelohn" aus und bestimmen darnach das Existenzminimum eines ledigen Mannes mit dreißig v. H., das eines kinderlosen Ehepaares mit vierzig v. H. und legen für jedes Kind zwanzig v. H. zu. Dieses steuerfreie Existenzminimum wird bei jedem Steuerzahler vom Einkommen abgezogen. Gewiß wäre der so geschaffene steuerliche Anreiz zur Ehe und zur Kindervermehrung in den Kreisen der Millionenbesitzer nicht sehr stark, aber diese Kreise fallen — bedauerlicherweise für den Fiskus — ziffernmäßig überhaupt nicht ins Gewicht und könnten übrigens durch einen entsprechenden Ausbau der Erbschaftsbesteuerung — der Vorschlag eines Pflichtteils des Reiches ist sehr erwägenswert — indirekt beeinflußt werden. Für die große Masse der Bevölkerung würde aber durch die gleitende Skala der Steuerfreiheit ein gewisser Ausgleich für die Lasten der Kindererziehung geschaffen, der sicher gerecht und wahrscheinlich auch nützlich wäre.

Nehmen wir an, der ortsübliche Tagelohn betrage in der Großstadt A. 5,00 M. = 1500 M. jährlich, im Landkreis B. 3 M. = 900 M.